



## Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter

— **Ausgabe: 03 + 04/2010**

### Aus dem Inhalt:

- Schutzschirme für Griechenland und den Euro
- Des Rätsels Lösung: So gerecht geht es zu, wenn Schwarz-Gelb spart!
- Schloss / Humboldtforum
- EURO und Griechenland
- Jobcenter
- Dies und das
- - Termine

\*\*\*\*\*

### Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

\*\*\*\*\*

#### GRIECHENLAND UND DER EURO – Bundespräsident und Sparpaket

Entscheidungen und Auseinandersetzungen mit Themen mussten getroffen werden, von denen man sich vorher nicht hätte vorstellen können, dass so etwas in dieser einer Größenordnung jemals nötig sein wird. Bürgschaften für Griechenland, einen Euro-Schutzschirm. Dann folgte das „historische“ Ereignis – der Rücktritt des Bundespräsidenten. Wo gibt's denn das? In aller Eile präsentiert die Bundeskanzlerin ihren Kandidaten Stärkung der Schwarz-Gelben Regierung – und wir – Rot-Grün – küren unseren: eine Überparteilichen. Am 30. Juni wird gewählt. Und noch etwas: lang erwartet und dann am 7. Juni endlich präsentiert: die Schwarz-Gelben Sparvorschläge.

Die letzten Wochen waren sehr turbulent – und die Regierung zeigt sich von ihrer schlechtesten Seite – Der Spiegel titelt „Aufhören“. Deutschland steckt in einer Regierungskrise – die zur Staats- und Demokratiekrise zu werden droht. Ideenlosigkeit, Entscheidungsunfähigkeit, Streitereien, Verantwortungslosigkeit. Wir Sozialdemokraten müssen zeigen, dass wir bessere Ideen haben, und etwas anderes für unser Land wünschen!

## **BUNDESPRÄSIDENTENWAHL AM 30. JUNI WÄHLT DIE BUNDESVERSAMMLUNG DEN NEUEN BUNDESPRÄSIDENTEN:**

In der Fraktionssitzung meiner SPD-Bundestagsfraktion am 8.6. war unser Kandidat für das Bundespräsidentenamt, Joachim Gauck, zu Gast. Er tritt als gemeinsamer Kandidat von SPD und Grünen zur Wahl an. Der frühere DDR-Bürgerrechtler steht als parteiloser Demokrat dem von Schwarz-Gelb benannten niedersächsischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Christian Wulff gegenüber. Gauck selbst bezeichnet sich als „linker, liberaler Konservativer“. Vielfach hat er bewiesen, dass er grundsätzliche Debatten prägen und unserer Gesellschaft Orientierung geben kann. Dazu wird Joachim Gauck auch die Zeit bis zum 30. Juni nutzen. Joachim Gaucks Kandidatur ist keine Kandidatur gegen jemanden, sondern eine Kandidatur für eine bestimmte Vorstellung vom Amt des Bundespräsidenten. Als Bürgerrechtler hat er immer wieder deutlich gemacht, dass es neben den Parteivertretern engagierte Menschen in unserem Land gibt, die unsere Demokratie mit Leben füllen. Gauck steht damit für ein Verständnis des Amtes des Bundespräsidenten, das nicht parteitaktische Machtkämpfe in den Mittelpunkt stellt, sondern die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Demokratie in unserem Land. Es wäre gerade bei Politikverdrossenen ein guter unabhängiger parteiübergreifender Bundespräsident.

### **DAS SCHWARZ-GELBE SPARPAKET**

Anfang diesen Monats hat das Sparpaket der Bundesregierung für große Aufregung gesorgt. Im Bundestag haben wir anlässlich einer Aktuellen Stunde die soziale Unausgewogenheit des Pakets angegriffen. Angela Merkel hatte selbst die Erwartungen hoch gesteckt und davon gesprochen, das Paket werde die Handschrift der schwarz-gelben Koalition sichtbar machen. Das macht es in der Tat: Durch Belastung der sozial Schwachen und Familien und Verschonung der Krisenverursacher und Krisengewinner! Arbeitslose und Familien müssen für die Klientelpolitik der Regierung zahlen! Die Chance einer gerechten Gestaltung und Stabilisierung des Haushalts durch einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Vermögende aber stärker in die Pflicht nimmt, wird nicht genutzt. Dies sehen nicht nur wir Sozialdemokraten so. Selbst aus den eigenen Reihen wird die soziale Unausgewogenheit kritisiert. Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für eine neue soziale Ordnung.

Monatelang hat sich Schwarz-Gelb Zeit gelassen, die NRW-Wahl abgewartet und nun wurde dieses „Sparpaket“ vorgelegt. Die Vorgaben, durch Schuldenregel im Grundgesetz waren klar – nun hat die schwarz-gelbe Regierung ihre Karten auf den Tisch gelegt, wo und wie sie sparen will. Anstatt jedoch nun dies auch als Chance zu begreifen und an Subventionen heranzugehen, vielleicht auch an Fehler der Vergangenheit, wie den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotels, schreibt sich die Handschrift der FDP mit ihrer unseligen Klientelpolitik weiter durch.

80 Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren bis 2014 eingespart werden. Ein riesiger Kraftakt sei dies, eine „Mammutaufgabe“, das größte Sparpaket in der Geschichte sei dort geschnürt worden, versuchten uns die Kanzlerin und ihr Vize-Kanzler zu vermitteln. Was wurden denn nun in diese Paket gepackt? Offensichtlich sind zunächst einmal die Kürzungen bei den Sozialleistungen: keinen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, kein Elterngeld für Alg II-Empfänger mehr,

keinen Zuschuss an die Rentenversicherung für Alg II-Empfänger. Das Sparpaket geht zu Lasten derer, die sich nicht wehren können – die größten Einschnitte sind im Sozialbereich zu finden. Das haben wir Sozialdemokraten im Wahlkampf 2009 auch prophezeit!

Und sonst? Eine angemessene Beteiligung von Unternehmen? So sollen eine ökologische Luftverkehrsabgabe, eine Bahndividende und ein steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft für zusätzliche Einnahmen sorgen. Die Wirtschaft werde angemessen beteiligt – aha, die Betreiber von Kernkraftwerken sollen zur Kasse gebeten werden. Das wäre ja wirklich eine Leistung. Gleichzeitig sollen allerdings die Laufzeiten verlängert werden. Ein preiswerter Ablasshandel für die Kernkraftwerkbetreiber! Natürlich ist auch damit zu rechnen, dass dadurch die Preise für Flugtickets und Strom steigen, also auf die Verbraucher umgelegt werden.

Im Sparpaket finden sich auch eine Reihe von „Luftnummern“ – schöngerechnete Posten, sogar eine Globale Minderausgabe von 5,6 Milliarden Euro, damit am Ende die 80 Milliarden Euro bis 2014 zustande kommen. Was bedeutet das denn nun im Ganzen? Das Paket ist eindeutig sozial unausgewogen, perspektivlos und willkürlich. Sparen im Sozialbereich, ein bisschen in der Verwaltung, ein bisschen Wirtschaftsbeteiligung. Die Kritik ist vernichtend - selbst in der Union werden die Stimmen immer lauter und immer stärker, so auch vom Wirtschaftsrat – die keine soziale Ausgewogenheit sehen und sich sogar auch für Steuererhöhungen aussprechen.

Natürlich ist ein „Sparpaket“ generell immer schwierig – alle finden sparen gut, nur nicht bei sich. Kritik wird es immer geben. Hier ist es aber doch ganz klar und deutlich, Einschnitte bei denen, die am wenigsten haben, bei denen, für die 300 Euro Elterngeld mehr oder weniger essentiell sind – aber nicht bei den „Besserverdienern“, bei es bei dem Höchstbetrag von 1.800 Euro bleibt. Auch das muss niemanden wundern, dass die oberen Einkommen keinen Betrag zum Sparpaket leisten müssen!

Die Union lässt sich von der FDP komplett in Gefangenschaft nehmen und erpressen. Offensichtlich ist es für die FDP nur wichtig, an ihrem „mit uns keine Steuererhöhungen“ festzuhalten. Und zu welchem Preis? Diese Sparpaket ist für den sozialen Frieden in unserem Land fatal, wird die Schere noch weiter auseinander gehen lassen.

Wo bleibt die angemessene Beteiligung derjenigen, die von der Krise profitiert haben? Die davon profitiert haben, dass der Staat – will sagen die Steuerzahler – eingesprungen sind, um die Banken zu retten und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Wo bleibt die Finanztransaktionssteuer? Ja, die Bundeskanzlerin will sich dafür einsetzen! Aber, das dauert und dauert – wohingegen Milliardenpaket innerhalb von einer Woche geschnürt werden! Das ist nicht zu vertreten!

Wir Sozialdemokraten wollen diese Finanztransaktionssteuer – nicht nur, um zu regulieren sondern auch um diejenigen, die vom staatlichen Eingreifen profitiert haben, an den Kosten zu beteiligen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für das „Regierungstraumpaar“ schwindet – das könnte uns fast freuen. Aber das derzeitige Auftreten von Schwarz-Gelb schürt leider die Politikverdrossenheit. Und das kann allen Parteien und dem gesamten politischen System schaden!

## **VERSCHIEBUNG DES BAU DES BERLINER SCHLOSSES / HUMBOLDTFORUM**

Teil des „Sparpaketes“ von Schwarz-Gelb ist die Verschiebung des Baubeginns des Berliner Schlosses / Humboldtforum. 400 Millionen Euro sollen so für die Jahre 2011 bis 2013 gespart werden, der Bau dann erst 2014 beginnen. Das ist eine populistische Entscheidung, die den Steuerzahler teuer zu stehen kommen wird. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Sammlungen aus dem Dahlemer Museen nun (erst mal) nicht, wie geplant, in das Humboldt-Forum ziehen können, ist diese „Sparmaßnahme“ meiner Meinung ein Luftschloss. Die Summen, die dann für die benötigten Sanierungen der Dahlemer Museen aufgebracht werden müssen, muss ja auch der Bund tragen. Es ist wahrscheinlich, dass die Verzögerung des Zeitablaufs zwischen dem Bau der U-Bahn, U 5, und des Humboldtforums auch eher zu Kostensteigerungen führen wird.

Ich hoffe auf eine intensive und gute Diskussion, so dass hier eine breite – vielleicht nicht nur Berliner – Öffentlichkeit ihre Unterstützung für das Berliner Schloss / Humboldtforum signalisieren wird!

## **DIE LASTEN DER KRISE GERECHT VERTEILEN, SPEKULATION EINDÄMMEN – INTERNATIONALE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER EINFÜHREN**

Die Welt befindet sich in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Überall mussten Regierungen gigantische Summen in die internationalen Finanzmärkte pumpen und haben diese damit vor dem Kollaps bewahrt. Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ist ein wichtiges, geeignetes und an- gemessenes Instrument, um den Teil der Finanzbranche an den Kosten zu beteiligen, bei dem die Spekulation die schlimmsten Blüten trieb. In Deutschland könnten so jährliche Einnahmen von 10 bis 20 Mrd. Euro generiert werden. Geld, das wir brauchen, um die Kosten und Folgekosten der Finanzkrise zu tragen und die Lasten gerecht zu verteilen. Die Bundesregierung rechnet in ihrem „Acht-Punkte-Papier“ von vergangener Woche mit über eine Bankenabgabe hinausgehenden Maßnahmen zur Beteiligung der Finanzbranche, ohne sie zu spezifizieren. Wir fordern mit diesem Antrag die Bundesregierung in abschließender Lesung auf, konkret zu werden und alles zu unternehmen, um die europäischen Partner, die G20 und die OECD vom ökonomischen, ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu überzeugen. Sollte die Finanztransaktionssteuer weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene eingeführt werden können, brauchen wir nationale Schritte einer Besteuerung von Finanztransaktionen in Deutschland.

## **SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG: OHNE SOZIALE BALANCE**

**Die SPD-Bundestagsfraktion informiert: Konsolidieren mit Kompass**

**Die schwarz-gelbe Koalition hat am 7. Juni ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen für Sparmaßnahmen vorgestellt. Was Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Es fehlen weiterhin eine Wachstumsstrategie für unser Land und der Mut, Deutschland gerechter zu gestalten.**

### **Mutlos und voller Luftbuchungen**

Die Vorschläge sind schwammig und vage gerade dort, wo wirtschaftlich Starke und Gewinner der Krise herangezogen werden sollen. Beispiel „Beteiligung“ der Banken: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt. Die darüber hinaus versprochenen „weiteren

Maßnahmen“ bleiben unbestimmt, und es ist schleierhaft, woher die angekündigten 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen ab 2012 kommen sollen. Eine klassische Luftbuchung. Wo und wie mehr Energiesteuern eingenommen werden sollen, welche Industrien belastet und welche verschont werden, was es bringen soll, der Bahn jährlich 500 Millionen Euro zu entziehen, bleibt ein schwarz-gelbes Geheimnis.

Das Ergebnis der Regierungsklausur ist äußerst dürrtig und sozial höchst unausgewogen:

- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie die notwendigen Verbesserungen im deutschen Bildungswesen finanziert werden.
- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie der Bundesbeitrag zur Rettung der deutschen Kommunen auch und gerade in der kurzen Frist aussieht.
- An keiner Stelle werden Reichen und Wohlhabenden Konsolidierungsbeiträge abverlangt. Das Konsolidierungspaket der Regierung tut nichts für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Krise.
- Das Paket ist in seinem Volumen künstlich hochgerechnet: Luftbuchungen und Hoffnungswerte gehen vor allem in den Jahren 2013 und 2014 in die Milliarden.

Das heißt: Das vorgelegte Paket wird nicht reichen, die Konsolidierungsvorgaben des Grundgesetzes („Schuldenbremse“) einzuhalten. Weitere Sparpakete werden folgen müssen.

Mehr dazu im Internet: [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,50397,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50397,00.html)

## **ARBEITSMARKT**

Am 9. Juni haben wir im Haushaltsausschuss endlich die Entfristung der 3.200 Stellen in den JobCentern beschlossen. Damit ist sichergestellt, dass gut eingearbeitete Mitarbeiter in den JobCentern in dieser schwierigen Zeit des Umbruchs kontinuierlich ihre wichtige Arbeit für die Vermittlung von Arbeitssuchenden fortsetzen können. Der Weg dahin war schwierig und nicht immer von Fairness auf Seiten der Regierung geprägt. Die Mittel für die 3.200 Stellen hatte Schwarz-Gelb im Dezember 2009 gesperrt. Nach der Kompromissfindung bei der JobCenter-Reform haben die Regierungsfaktionen diesen Punkt mehrfach von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses genommen. Zudem stand zu befürchten, dass angesichts des jüngsten Sparpakets mit seinen unverantwortlichen Kürzungen im Arbeits- und Sozialbereich um 30 Milliarden Euro bis 2014 auch die Entfristung erneut vertagt werden könnte

Nach der Entfristung der 3.200 Stellen im Haushaltsausschuss konnten nun die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende in dieser Woche in abschließender Lesung im Bundestag beraten werden. Durch eine Grundgesetzänderung kann nun auch endlich die Reform der Job-Center stattfinden!

## **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu der dritten Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)**

Mit dem Entschließungsantrag stellen wir fest:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen gewährleistet, dass die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus einer Hand betreut werden und Leistungen aus einer Hand erhalten.
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können.
- dass die Zahl der Optionskommunen bezogen auf die bestehende Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet bis zu einem Viertel betragen kann.

## **KOALITION LEHNT ANTRAG DER SPD „ZUKUNFT ÖFFENTLICH-RECHTLICHER SPARKASSEN SICHERN – PRIVATISIERUNG VERHINDERN“ AB**

Meine Fraktion hatte einen Antrag eingebracht „Zukunft öffentlich-rechtlicher Sparkassen sichern – Privatisierung verhindern“, der von der Koalition in dieser Woche abgelehnt wurde. Meine Kollegen Nicolette Kressl, finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion, und Bernd Scheelen, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, haben dazu einen Brief verfasst, in dem sie auf die fehlende Bereitschaft der Koalitionsfraktionen zu einem eindeutigen Bekenntnis für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen hinweisen.

Gerne gebe ich Ihnen diese Brief hier zur Kenntnis:

*„Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind ein unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Bankensystems. Sie sind der Hauptkreditgeber für die mittelständischen Unternehmen. Außerdem stellen sie einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Kunden zu Finanzdienstleistungen auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen sicher.*

*Diese Funktion können Sparkassen aber nur aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen Struktur, der Einhaltung des Regionalprinzips und ihres öffentlichen Auftrags erfüllen. Bei einer Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen würden kurzfristige Renditeinteressen an die Stelle der bisherigen Gemeinwohlorientierung treten. Die Privatisierung von Sparkassen muss deshalb verhindert werden !*

*Zwar haben sich auch CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag für den Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems aus Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen ausgesprochen. In den Ländern gibt es aber immer wieder Bestrebungen, den Sparkassensektor für eine Privatisierung zu öffnen.*

*Eine solche Gefährdung geht aktuell von dem Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein zur Änderung des dortigen Sparkassengesetzes aus. Der Gesetzentwurf droht wegen eines Verstoßes gegen das europäische Wettbewerbsrecht zum Einfallstor für die Privatisierung der Sparkassen in Schleswig-Holstein zu werden. Dies würde den Bestand des Verbundes der öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Frage stellen und hätte somit über das Land hinaus gravierende negative Auswirkungen auf den gesamten Sparkassensektor.*

*Wir haben deshalb einen Antrag vorgelegt, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich zum Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu bekennen und sich gegenüber der schleswig-holsteinischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihren europarechtlich riskanten Gesetzentwurf zurückzieht. Aufgrund der anstehenden Beschlussfassung über den Gesetzentwurf im schleswig-holsteinischen Landtag haben wir den Antrag am Donnerstag direkt zur Abstimmung gestellt.*

*Trotz ihrer verbalen Unterstützungsbekundungen für die Sparkassen haben CDU, CSU und FDP den Antrag abgelehnt. Auf die Einbringung eines Antrags zur eigenen Positionsbestimmung haben die Regierungsfractionen verzichtet. CDU, CSU und FDP waren somit nicht bereit, sich in dieser kritischen Frage eindeutig für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen auszusprechen.*

*Anhand dieses Abstimmungsverhaltens lässt sich gegenüber Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, Kundinnen und Kunden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkassen verdeutlichen, dass CDU, CSU und FDP keine verlässlichen Befürworter des Erhalts der öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind.“*

## **NATIONALEN BILDUNGSPAKT SCHAFFEN**

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Priorität für Bildung ist ein Zeichen unserer Zukunftsfähigkeit. Wir haben dazu einen Antrag (Drs. 17/1957) eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, sich für die Einhaltung der hohen politischen Priorität für Bildung und Forschung als zentrale Zukunftsfelder sowie der nachhaltigen Verbesserung der Bildungsinfrastrukturen im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes einzusetzen.

Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche

Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Milliarden Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Milliarden Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro der prognostizierten Lücke zu tragen.

Der dritte Bildungsgipfel, der am 10. Juni stattgefunden hat, kann als gescheitert betrachtet werden. Das vor zwei Jahren gegebene Versprechen, bis 2015 mindestens gesamtstaatlich zehn Prozent für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, wartet weiter auf seine Einlösung. Bundeskanzlerin Merkel und Bildungsministerin Schavan haben den Prozess zielsicher in eine Sackgasse geführt und wollen den Schwarzen Peter jetzt den Ländern zuschieben. Dabei war es diese Koalition, die mit ihrer Steuerpolitik die Finanzkraft der Länder ausgehöhlt hat. Und es ist diese Koalition, die das Zehn-Prozent-Ziel faktisch bis 2014 aussetzt. Denn ohne finanziell handlungsfähige Länder und Kommunen sind die Bildungsziele nicht zu erreichen. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, deutlich höhere Anteile zur Schließung der Finanzierungslücke bis 2015 zu übernehmen.

Kein Bürger und keine Bürgerin kann nachvollziehen, dass nach zwei Jahren, zwei Gipfeln und einem Wasserfall von Absichtserklärungen der Bundesbildungsministerin nun am Ende keine Fortschritte erzielt werden konnten. Die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel, erst Ende 2014 über das Zehn-Prozent-Ziel Bilanz ziehen zu wollen, grenzt an eine Groteske. Damit gibt die CDU/CSU das Zehn-Prozent-Ziel faktisch auf. Was soll bis dahin passieren? Wo bleibt die versprochene Kraftanstrengung, wo die Verlässlichkeit, wo die Planungssicherheit für die Verantwortlichen, Beschäftigten und Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Deutschland?

Die Koalition kann nach dem Gipfelflop nicht mehr behaupten, keine Abstriche an der Bildungsfinanzierung zu machen. Es reicht nicht, 12 Milliarden des Bundes bis 2013 vor sich herzutragen, wenn zeitgleich Länder und Kommunen aus Finanznot sich aus der gemeinsamen Anstrengung zur Verbesserung des Bildungssystems verabschieden (müssen). Erst 2014 - also ein Jahr nach der geplanten Bundestagswahl - will sich diese Koalition an ihren Bildungsversprechungen messen lassen. Das ist enttäuschend.

#### **Nationalen Bildungspakt auf den Weg bringen**

Wir haben die Bundesregierung in unserem Antrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicher stellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

#### **Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern**

Kinder haben ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe. Angebote der frühkindlichen Bildung verbessern die Bildungschancen von Kindern, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie leisten auch einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion (Gestaltung eines gesellschaftlichen

Zusammenlebens ohne Ausgrenzung) von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut bei. Im Zusammenhang mit der Debatte zum Bildungspakt haben wir einen Antrag (Drs. 17/1973) eingebracht, der im Kern auf die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung abzielt.

In dem Antrag sind konkrete Forderungen enthalten:

- zur Finanzierung der Ausgaben für frühkindliche Bildung und insbesondere zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen,
- zum Verzicht auf die Einführung eines Betreuungsgeldes,
- zu einer Fachkräfte-Offensive für Erzieherinnen und Erzieher,
- zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege (z.B. Betreuungsschlüssel, Sprachförderung),
- zur mittel- und langfristigen Umgestaltung von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren,
- zur Verbesserung der Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion von Kindern im frühkindlichen Bereich sowie
- zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

## **EURO UND GRIECHENLAND**

### **SCHUTZSCHIRM FÜR EUROPA – Die Bundestagsfraktion informiert....**

**EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 9. Mai ein beispielloses Maßnahmenbündel geschnürt, das der Stärkung und dem Schutz des Euro dienen soll. Das Paket hat einen Umfang von 500 Milliarden Euro seitens der EU. Hinzu kommen bis zu 220 Milliarden Euro vom IWF. 60 Milliarden Euro stellt die EU dabei mit Hilfe eines Notfallfonds bereit. Für weitere 440 Milliarden Euro geben die Mitgliedstaaten Garantien an eine noch zu gründende Zweckgesellschaft. Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mehr als 147 Milliarden Euro betragen.**

Am 19.5. hat die Bundeskanzlerin dazu eine Regierungserklärung abgegeben, die abermals gezeigt hat, dass die Regierung weder Linie noch Richtung hat und vor allem keinen Mut. Wenn von einem Kurs die Rede sein kann, dann ist es ein Schlingerkurs, der sich unter anderem in der Haltung der Kanzlerin zur Finanztransaktionssteuer zeigt. Nachdem der Druck von allen Seiten deutlich stärker geworden ist, konnte sich die Kanzlerin von einer, noch am davor Sonntag auf dem DGB-Kongress verkündeten, Skepsis gegenüber der Finanztransaktionssteuer zu einer Zustimmung ohne Wenn und Aber durchringen. Sie werde sich jetzt international dafür einsetzen, im Notfall müsse man eben „Rabatz machen“. Vom Ergebnis her natürlich begrüßenswert, nur: warum erst jetzt?

Wäre sie früher bereit gewesen zu handeln, hätten wir Milliarden sparen können. Sie aber hat lieber abgewartet, wie sich die Lage entwickelt. So kann man kein Land in einer Krise führen. Deutschland müsste in Europa eine Führungsrolle übernehmen. Stattdessen hat Frau Merkel unser Land isoliert. Das ist mehr als schmerzhaft mit anzusehen. Noch nie seit dem Bestehen der europäischen Einigung vor 60 Jahren war der Ruf der Bundesrepublik in Europa so ruiniert wie heute.

Die Regierung hat bisher alle Entscheidungen verschleppt und einzig durch ihr ständiges Zaudern Beständigkeit gezeigt. Jetzt wirkt Merkel nur noch wie eine Getriebene auf allen Ebenen: auf der internationalen, der europäischen, von FDP, der eigenen Partei, der Opposition und von den Erwartungen der Finanzlobby.

### **Absichtserklärungen reichen nicht aus**

Nachdem die Kanzlerin so viel Vertrauen verspielt hat und sich als handlungsschwach erwiesen hat, haben wir unsere Entscheidung zur Abstimmung davon abhängig gemacht, ob den Worten auch Taten folgen. Reine Absichtserklärungen reichen nicht aus. Wir haben eine bindende Aussage schwarz auf weiß gefordert, dass die Bundesregierung sich auf europäischer und auf internationaler Ebene aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzt sowie für schärfere Finanzmarktregeln. Diese haben wir nicht erhalten. Auch unserem Entschließungsantrag (Drs. 17/1809), der Forderungen enthält, die von Merkel und Schäuble selbst mündlich aufgestellt wurden, konnten die Regierungsfractionen nicht zustimmen.

In einem zweiten Entschließungsantrag (Drs. 17/1810) haben wir auch bei diesem parlamentarischen Verfahren deutliche Kritik an der Handlungsweise der Bundesregierung geübt. Wir fordern eine unverzügliche Änderung der Informationspolitik und des Krisenmanagements.

Wir haben uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten, weil wir zwar grundsätzlich dem Rettungsschirm zustimmen und ihn für notwendig erachten, ihn aber nicht ausreichend flankiert sehen durch weitergehende Maßnahmen. Wie auch bei der Griechenland-Hilfe sehen wir in einer reinen Kreditermächtigung keine Lösung für diese so grundlegende Krise. Wir brauchen zusätzliche Maßnahmen gegen Spekulationen, eine Beteiligung der Banken an den Kosten und können nicht die Steuerzahler ein zweites Mal für das unverantwortliche Verhalten von Finanzmarktakteuren in Anspruch nehmen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu Europa, wir wollen ein starkes, soziales und demokratisches Europa, das seinen Namen auch verdient. Das ist allerdings ein anderes Europa als es Frau Merkel und ihre Regierungskoalition wollen. Obwohl mit ihrer neoliberalen Politik offensichtlich gescheitert, wollen sie im Grunde so weitermachen. Und sie werden die Krise nutzen, um den Sozialstaat weiter abzubauen. Das können wir Sozialdemokraten nicht mittragen. Für uns ist Europa mehr als ein Markt. Wir wollen Europa den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben und nicht gewissenlosen Spekulanten vor die Füße werfen. Die Chance, nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der Europäischen Union zu erreichen, ist jetzt da. Wir müssen diese Chance entschlossen nutzen. Diese Regierung ist dazu offensichtlich nicht in der Lage: Mitten in der größten Krise ist sie aufgrund ihrer inneren Widersprüche schlicht handlungsunfähig.

### **Entschlossenes politisches Handeln gefordert**

Wir erleben derzeit die dritte Welle der Krise, die 2008 auf den Finanzmärkten begonnen hat. Zuerst drohte der Zusammenbruch des Finanzsektors. Dann folgte der schärfste Einbruch des Wachstums in der Nachkriegszeit. Jetzt geht es um die Handlungsfähigkeit der Staaten und um den Zusammenhalt Europas -- letztlich um die Selbstbehauptung der Demokratie. Binnen weniger Monate hat sich die Finanzkrise Griechenlands ausgeweitet zu einer schweren Belastungsprobe für die Eurozone und zum drohenden Vertrauensverlust in die europäische Einigung.

Das Rettungspaket verändert mit einem Schlag und grundlegend die Architektur der Europäischen Währungsunion (EWU) und wird damit weitreichende Konsequenzen auch für den weiteren Kurs der europäischen Einigung haben. Der Kern der bisherigen Maastricht-EWU, die no-bail-out-Klausel, wird unmittelbar nach der noch ganz als Einzelfall behandelten Griechenland-Hilfe nun faktisch außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt zumindest für die kommenden Jahre ein System gegenseitiger finanzieller Verantwortung für die von den Einzelstaaten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen.

Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU wird wegen des neu geschaffenen Haftungsverbundes künftig in sehr viel größerem Maßstab Gegenstand einer gemeinsamen europäischen Verantwortung sein. Sie muss sich in rechtlichen und institutionellen Veränderungen der EU abbilden. Dies gilt insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass erstmals auch die EU selbst Stützungskredite an einzelne Eurostaaten vergeben können soll.

Unsere bereits in der Griechenland-Entschließung enthaltenen weitergehenden Forderungen treten daher noch stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit:

- Eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen und diese um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu ergänzen. Zudem ist die Europäische Union in die Lage zu versetzen, künftige Krisen rasch und selbständig zu lösen. Dazu ist ein Nothilfeplan zu entwickeln, der insbesondere wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.
- Den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu bekräftigen und in seiner Funktion zu stärken, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, wirksame Maßnahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind. Hierzu sind in einem ersten Schritt das europäische Statistikamt EUROSTAT mit mehr Durchgriffs- und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Statistikämtern auszustatten und der Europäische Rechnungshof zu stärken.

### **Klare Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Sozialdemokraten haben bereits seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise – zuletzt in unserem Entschließungsantrag zur Griechenland-Rettung – konkrete Maßnahmen zur strikteren Finanzmarktregulierung und zur Bekämpfung der Spekulation gefordert. Wir fordern unter anderem:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch nach Ansicht des IWF zur Dämpfung der Spekulation beiträgt, indem sie jede Transaktion verteuert und damit die Hürden erhöht, oberhalb derer sich Finanzwetten und Spekulationsgeschäfte erst lohnen.
- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder – analog der deutschen Börsen – mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern. Um Interessenkonflikte auszuschließen, sind künftig zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten, alle sonstigen geschäftlichen Verbindungen zu unterbinden.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010, zu verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe in Deutschland unverzüglich bis zum 1. Juni 2010 zu verbieten und sich für ein europaweites Verbot einzusetzen. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.
- Den so genannten „grauen Kapitalmarkt“ zu regulieren und zu beaufsichtigen. Der Markt für Derivate muss über europäische Clearingstellen und Handelsplattformen erfolgen, die wirksam reguliert werden. Künftig dürfen kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.
- Den Anleger- und Verbraucherschutz in Europa weiter zu verbessern (z. B. durch die Einführung eines „Finanz-TÜV“).

## **BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN**

Das Angebot an Ausbildungsplätzen reicht weiterhin nicht aus, es fehlen mindestens 340.000 Ausbildungsplätze. Die Statistik der Bundesagentur erfasst die Nachfrage jedoch unvollständig. So sind die Altbewerber und die jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss sowie die vielen jungen Menschen, die in das „Übergangssystem“ einmünden und in „Warteschleifen“ geraten, unterrepräsentiert. Es reicht nicht auf den demographiebedingten Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu hoffen, sie bleibt bis auf weiteres höher als das Angebot. Deshalb bleibt eine aktive Ausbildungsmarktpolitik unverzichtbar. Die Debatte um eine zunehmende fehlende Ausbildungsreife ist eine ablenkende Scheindebatte. Es geht darum, den Ausbildungspakt III im Herbst 2010 zu nutzen, um diese Ziele mit allen relevanten Akteuren zu vereinbaren. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Berufliche Bildung als Garant zur Sicherung der Teilhabechancen junger Menschen und des Fachkräftebedarfs von morgen stärken“ (Drs. 17/1759) mit umfangreichen Forderungen an die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht, den das Parlament am 20. Mai beraten hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung und das künftige Fachkräfteangebot sichern. Deshalb fordern die Sozialdemokraten in ihrem Antrag u.a. von der Bundesregierung:

- Die Stärkung der Berufsbildung auch durch Erhalt des Berufsprinzips bzw. der ganzheitlichen Berufsbildorientierung und Eindämmung der Modularisierung von Ausbildung;
- Die Einführung einer Berufsausbildungsgarantie für Jugendliche, die drei Jahre nach dem Schulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben;
- Einen Rechtsanspruch auf eine berufsbegleitende Ausbildung sowie Teilzeitausbildung einzuführen, um die Vereinbarkeit von Familie sowie Erwerbstätigkeit und einer qualifizierenden Ausbildung zu stärken;
- Mehr Transparenz und Zielorientierung im „Übergangssystem“ durch Prüfung des „Hamburger-Modells“ (keine Maßnahme ohne Qualifizierung, garantierte Berufsausbildung nach bestimmter Zeit);
- Die Reform der Statistik hin zur „integrierten Ausbildungsstatistik“ mit dem Ziel, die tatsächliche Nachfrage besser zu erfassen;
- Im Berufsbildungsgesetz Branchenfonds der Sozialpartner zu erleichtern und das Konsensprinzip bei der Berufsdefinition zu stärken;
- Die Stärkung der Ausbildungsmaßnahmen des Bundes: u.a. Entfristung des Ausbildungsbonus, Ausweitung des Ausbildungsprogramm Ost auf alle strukturschwachen Regionen, Erhalt des Ausbildungs-Sonderprogramms der Bundesagentur für Arbeit (BA), Ausbau der schul- und ausbildungsbegleitenden Unterstützung durch Bildungsbegleiter, Paten oder Lotsen;
- Appelle an Länder, Kammern und Sozialpartner, ihre Beiträge zur Stärkung der Berufsbildung zu leisten.

## **ALTERSARMUT BEKÄMPFEN**

Es ist ein Erfolg der Alterssicherungspolitik in Deutschland, dass das Risiko von Armut im Alter in Deutschland nicht überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Allerdings ist es nicht selbstverständlich, dass dies auch so bleibt. Die aktuell günstige Einkommenssituation im Alter beruht darauf, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der

Vergangenheit einerseits nur geringe Lücken bei der Einzahlung in die Rentenversicherung aufwiesen und andererseits nur selten von Niedrigeinkommen betroffen waren. Diese beiden stabilisierenden Faktoren sind in den letzten Jahrzehnten aber aufgeweicht worden. Es besteht die Gefahr für zukünftige Rentnerinnen und Rentner, dass bei ihnen das Risiko der Altersarmut steigt. So benennt die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2007 veröffentlichte Studie „Altersvorsorge in Deutschland 2005“ ein besonderes Risiko im Fall der Arbeitslosigkeit: Rentenversicherte mit niedrigem Alterseinkommen weisen im Schnitt zwei- bis dreimal so häufig Zeiten der Arbeitslosigkeit auf wie Personen mit höherem Alterseinkommen.

### **Schwarz-gelb ignoriert das Problem**

Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf die Lohnposition wird insbesondere in Ostdeutschland zu sinkenden Rentenzahlbeträgen führen, da die Verfestigung von Arbeitslosigkeit und der Anteil von Niedriglohnbeschäftigung hier besonders dramatisch ist. Hierauf müssen wir reagieren. Die schwarz-gelbe Koalition tut nichts und hat bislang keine Position formuliert.

Mit unserem Antrag „Das Risiko von Altersarmut durch veränderte rentenrechtliche Bewertungen von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und der Niedriglohn-Beschäftigung bekämpfen“ (Drs. 17/1747) bekräftigt die SPD-Bundestagsfraktion die bereits im SPD-Wahlprogramm beschlossenen Forderungen zur rentenrechtlichen Verbesserung. Der Bundestag hat den Antrag am 21. Mai 2010 debattiert. Wir fordern darin die Regierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

- Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit besser bewertet werden sollen, wenn beim Rentenzugang des oder der Versicherten nicht mindestens 30 Entgeltpunkte vorhanden sind und
- die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Beitragszeiten bis zum 1. Januar 2011 fortzuführen ist.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die „Überprüfungsklausel“ zur Anhebung der Regelaltersgrenze ernst zu nehmen und dabei die besondere Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen

\*\*\*\*\*

Dies und das

\*\*\*\*\*

### **LADIES DAY**

Übrigens – auch in diesem Jahr hat meine Fraktion meine Idee des „Ladies‘ Day“ wieder unterstützt und Politikerinnen mit Unternehmerinnen zusammengebracht. Lesen Sie hier den Bericht „meines“ IPS-Stipendiaten:

### **Berliner Unternehmerinnen zu Gast bei Petra Merkel**

*von Gabriel Richard-Molard*

Wie kann man die Verbindung zwischen Unternehmerinnen und Politikerinnen verbessern? Die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel hat eine schöne Lösung dafür gefunden. Bereits seit 7 Jahren organisiert sie den so genannten LADIES‘DAY. Eine gute Veranstaltung, wo Unternehmerinnen aus allen Bereichen und unterschiedlichen Herkunft einen Blick auf die Arbeit einer SPD-Bundestagsabgeordneten werfen können.

Zum siebten Mal hat Petra Merkel Berliner Unternehmerinnen zum LADIES‘DAY in den Bundestag eingeladen. Auf ihre Anregung haben sich auch in diesem Jahr Kolleginnen aus der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt. Insgesamt haben 18 SPD-Bundestagsabgeordnete mit etwa 50 Unternehmerinnen aus verschiedenen Wahlkreisen und Bundesländern am LADIES‘ DAY teilgenommen.

Nach der Begrüßung, bei der Teilnehmerinnen sich vorgestellt haben, hat Petra Merkel persönlich durch das Reichstagsgebäude geführt. Danach besuchten sie eine Plenarsitzung, haben die „Ladies“ an einem Gespräch mit dem SPD- Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier und anschließend an einem Fototermin teilgenommen. Alle bewegenden Themen der aktuellen Politik wurden da angesprochen. Von der Krise in Griechenland bis zur Steuerpolitik haben die Teilnehmerinnen ihre Anliegen mit Dr. Frank-Walter Steinmeier und ihrer Abgeordneten erörtern können. In einer entspannten Stimmung und mit einem leckeren Mittagessen im Abgeordneten-Restaurant des Reichstagsgebäudes wurde der Tag abgeschlossen.

Politik den Frauen, die eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen, näher zu bringen, die Verknüpfung zwischen Politikerinnen und Unternehmerinnen zu verbessern und eine gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft zu erreichen, waren die Ziele des Tages. Angesichts der sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmerinnen wurden sie weitgehend erzielt. Petra Merkel freute sich über den Erfolg der Veranstaltung und hofft auf immer mehr Teilnehmerinnen in der Zukunft. Dementsprechend kommt das Zitat der amerikanischen Frauenrechtlerin Mary McCarthy genau hin „Wir sind die Heldinnen unserer eigenen Geschichte“.

## **AFGHANISTAN**

### **Wie geht es weiter in Afghanistan?**

Der Afghanistan-Einsatz treibt uns alle um, die Bevölkerung, die Organisationen, die Zivilaufbauleistenden in Afghanistan, die Bundeswehr genau so wie uns Politikerinnen und Politiker. Ich verstehe die Sorgen, ja auch die Ablehnung innerhalb unserer Bevölkerung gegenüber dem Einsatz unserer Soldaten in Afghanistan. Niemand von uns jubelt bei einem Bundeswehreinsatz. Ich bin allerdings zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir Parlamentarier/innen über den Einsatz der Bundeswehr abstimmen und nicht die Regierung. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und Einsätze werden immer wieder neu entschieden. In unserer Fraktion gibt es immer wieder unterschiedliche Abstimmungsverhalten, die auch akzeptiert werden. Das Parlament kann Bedingungen stellen, Mehrheiten verweigern und immer wieder den Einsatz öffentlich diskutieren.

Ich sehe es für mich als Bundestagsabgeordnete als meine Aufgabe an, immer wieder Veranstaltungen zur Information und Diskussion anzubieten. Vor fast genau zwei Jahren habe ich zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung mit meinem damaligen Kollegen Detlef Dzembitzki und Ursula Koch-Laugwitz von der Friedrich-Ebert-Stiftung geladen. Frau Koch-Laugwitz hat drei Jahre in Kabul gearbeitet und damals junge afghanische Führungskräfte bei einem Deutschlandbesuch begleitet. Diese forderten, dass wir nicht ständig die Bundeswehreinsätze in Frage stellen, dass sie verlässliche Sicherheit brauchen, damit sie überhaupt eine Chance haben, sich in ihrem Land zu engagieren.

Am 18. Mai 2010 habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Gernot Erler, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender und Staatsminister a .D., zur SPD-Bundestagsfraktion vor Ort-Veranstaltung zum Thema „Wie geht es weiter in Afghanistan? Deutschlands Engagement nach dem Strategiewechsel: Den Abzug aus Afghanistan vorbereiten“ eingeladen. Rund 100 Gäste waren meiner Einladung ins Jakob-Kaiser-Haus gefolgt, um mit uns Abgeordneten, mit Brigadegeneral Hans-Werner Wiermann und Dr. Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik über den Strategiewechsel in Afghanistan zu diskutieren. Mit auf dem Podium war auch meine Kollegin

Angelika Graf, Sprecherin unserer Task-Force Afghanistan / Pakistan.

Eine solche Entscheidung wie die des Einsatzes der Bundeswehr im Ausland, in Afghanistan, mache ich mir nicht leicht. Unabdingbar für mich ist das UN-Mandat. Ich habe den Einsätzen - bis auf den Einsatz der Tornado-Luftaufklärung in Afghanistan im März 2007 - zugestimmt, diskutiere mit Kolleginnen und Kollegen und denen, die in Afghanistan waren und prüfe mein Abstimmungsverhalten jedes Mal wieder aufs Neue. Dabei kann es für mich keine Enthaltung geben: Entweder stimme ich zu oder ich bin dagegen. Ich weiß und wusste von Anfang an, dass dieser Einsatz in Afghanistan gefährlich ist und dass ich mit meiner Entscheidung auch Soldaten gefährde. Mir war immer wichtig, dass die Bundeswehr die Sicherung des zivilen Aufbaus in Afghanistan unterstützt. Und lange Zeit war das auch erfolgreich. Eine Befriedung wird nur erreichbar sein, wenn viele Kräfte in Afghanistan zusammen arbeiten und Verantwortung übernehmen.

Bereits im September 2009 hat Frank-Walter Steinmeier einen Zehn-Punkte-Plan für Afghanistan vorgelegt und damit öffentlich eine Übertragung der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände gefordert. Im Januar dieses Jahres hat die SPD eine hoch beachtete Afghanistankonferenz im Willy-Brandt-Haus durchgeführt, bei der das von der SPD erarbeitete Positionspapier „Zur Dauer und Perspektive des deutschen Afghanistan-Engagements“ Gegenstand der Diskussion war.

Mein Kollege Gernot Eler machte bei der Veranstaltung noch einmal ganz deutlich, dass sich unsere Fraktion in vielen Punkten mit der Bundesregierung geeinigt hat, viele Punkte sind sogar 1 :1 übernommen worden. Wir haben für das Afghanistan-Mandat durchgesetzt und erreicht, dass die Verantwortung schrittweise übertragen und mit einer Abzugsstrategie verbunden wird. Die Aufstockung der Soldaten für den Polizeiaufbau ist der notwendige Schritt, damit die Afghanen die Sicherheit in die eigene Hand nehmen können. Diesen Prozess werden wir parlamentarisch begleiten, allerdings auch durch Unabhängige evaluieren lassen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni einen Antrag (Drs. 17/1964) eingebracht. Als Ergebnis der Untersuchung soll erkennbar werden, in wie weit der begonnene Neuansatz in Afghanistan Veränderungen in bislang defizitären Bereichen erbracht hat und welche weiteren Anpassungen der Strategie für erforderlich erachtet werden. In dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, aufbauend auf einer solchen Evaluierung künftig quartalsweise fortlaufend über die Zielerreichung zu berichten. Zur Sicherstellung der parlamentarischen Begleitung des Verfahrens soll eine Kommission eingesetzt werden, die die wissenschaftliche Evaluierung begleitet und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Weitere Informationen zum Antrag der SPD-Bundestagsfraktion unter:

[http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,52505,00.html](http://www.spdfrak.de/cnt/rs/rs_dok/0,,52505,00.html)

## **Die europäische Union ist tot, es lebt die europäische Union!**

(Artikel „meines“ IPS-Stipendiaten aus Frankreich, Gabriel Richard-Molar)

Als Jean Monnet 1952 sein Projekt von einer wirtschaftlichen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf dem Tisch gelegt hatte, war er sich bewusst, dass die wirtschaftliche Einigung Europas nur der erste Schritt zu einer politischen Gemeinschaft sein wird. Die politische Union ist mit dem Vertrag von Maastricht 1992 geboren worden und seitdem die Mitgliedsstaaten immer mehr die

Notwendigkeit gemeinsamer Politik wahrgenommen haben, ist die politische Union immer vorwärts gegangen.

Diese optimistische Feststellung, was die Zukunft Europas angeht ist aber genau zu differenzieren. Die Union hat sich sicherlich immer weiterentwickelt, aber dieser lange Prozess ist hauptsächlich durch Krisen geschaffert worden. Seit der aktuellen Krise der Währungsunion sieht aber die Zukunft der Union finster aus. Zum ersten Mal haben sich die Europäer nicht sofort auf ein strenges Solidaritätsprinzip geeinigt, sondern sie haben es geschaffert, durch ihre Unfähigkeit eine gemeinsame Richtung zu zeigen, und haben so die Finanzmärkte noch mehr beunruhigt. Da in der Politik und in der Finanzwelt alles eine Frage der Wahrnehmung ist, ist die Union aufgrund ihrer chronischen Unentschlossenheit und Unfähigkeit sich zu entscheiden, in eine noch schwerere Krise geraten.

Viele Journalisten haben das Ende der europäischen Union prophezeit. Mit solchen Artikel unterstützen sie mit oder ohne Absicht einen latente Euroskeptizismus, den wir mit allen Kräften bekämpfen sollten. Die Vereinigung Europas hat seit 60 Jahren eine unvergleichbare Wohlstands- und Friedensära gebracht. Nie dürfen wir vergessen, dass Frieden und Wohlstand sehr labile Merkmale einer Gesellschaft sind.

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1957 und danach der Europäische Union 1992 haben wir als Sozialdemokraten uns immer klar für ein starkes Europa eingesetzt. Dass über die Mitgliedsstaaten der Union eine strengere wirtschaftliche Kontrolle ausgeübt sein soll, sind wir natürlich dafür. Wir müssen allerdings immer das Ziel einer weiter integrierten Union im Auge behalten. Und eines sozialen Europas!

Bedeutet die Griechenlandkrise den Tod der Union? Haben alle Mühe und Engagement für ein starkes Europa tatsächlich versagt? Nein, sicherlich nicht, wir sollten optimistisch bleiben, und bemerken, dass diese Krise, trotz allen Differenzen und Unterschiede, noch ein Baustein des europäischen Hauses sein kann. Wie manche Politikwissenschaftler geschrieben haben, der Rettungsschirm und die Versuche, eine europäische wirtschaftliche Regierung zu bilden, seien klare Elemente einer föderalen Struktur. Wir müssen das hoffen, weil heutzutage nur ein vereinigtes Europa die Herausforderungen der Globalisierung bewältigen kann. Deutschland, Frankreich oder Portugal zum Beispiel sind als Einzelstaaten nicht mehr in der Lage mit Großmächten wie China oder den USA zu konkurrieren. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Finanzkrise ist dementsprechend ein gutes Zeichen, das für eine zukünftige und gemeinsame europäische Führung spricht. Europa bzw. die Europäische Union haben sich immer mit kleinen Schritte entwickelt. Rasche und rasante Fortschritte sind ohne Krieg oder große Katastrophen wahrscheinlich nie zu erwarten, also müssen wir als Europäer etwas Geduld haben und uns weiter sich für eine soziales, umweltfreundliches und starkes Europa engagieren, und zwar weil „*Gut Ding will Weile haben*“.

\*\*\*\*\*

## **Termine und Veranstaltungen**

\*\*\*\*\*

### **Start in den Sommer und Sommergespräch 2010**

Auch in diesem Jahr bin ich mit meinen „Sommergesprächen“ von Juli bis September in Charlottenburg-Wilmersdorf und erstmals auch in Steglitz-Zehlendorf unterwegs.

Meine **Sommergespräche 2010** beginnen mit dem Start in den Sommer und der Eröffnung der Ausstellung von **Daniela von Nayhauf**

**am Freitag, dem 25. Juni 2010, von 16.00 bis 19.00 Uhr,**

**im Wahlkreis- und SPD-Bürgerbüro GOETHE80, Goethestraße 80, 10623 Berlin.**

Ehregast wird in diesem Jahr unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier sein

### **Sommergespräche**

Auch in diesem Jahr bin ich im Sommer wieder unterwegs, auf Wochenmärkten und Infoständen im Charlottenburg-Wilmersdorf sowie – erstmalig – in meinem Betreuungswahlkreis Steglitz-Zehlendorf. Die Infostände der Sommergespräche 2010 finden jeweils in der Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr an den angegebenen Wochenmärkten statt:

- Dienstag, 13. Juli, Klausenerplatz
- Mittwoch, 14. Juli, Kranoldplatz
- Donnerstag, 15. Juli, Charlottenbrunner Straße
- Dienstag, 10. August, Eberbacher Straße
- Mittwoch, 11. August, Steglitzer Damm/Wilseder Straße
- Donnerstag, 12. August, Mainzer Straße
- Montag, 16. August, Prager Platz
- Mittwoch, 18. August, Karl-August-Platz
- Freitag, 20. August, Nestorstraße
- Dienstag, 24. August, Preußenallee

### **Eröffnung der Ausstellung von Daniela von Nayhauf**

Beim "Start in den Sommer" am 25. Juni 2010 eröffne ich auch eine neue Ausstellung im Wahlkreisbüro. Die Künstlerin Daniela von Nayhauf wird anwesend sein und einige ihrer Werke aus dem Zyklus „Lieb' Vaterland magst ruhig sein“ präsentieren. In diesen verbindet die Künstlerin Illustrationen aus Kinderbüchern mit postmodernen Ornamenten und Mustern. So verlieren die Motive ihre nostalgische Idylle und geraten in eine Auseinandersetzung mit aktueller deutscher Wirklichkeit. Daniela von Nayhauf lebt und arbeitet in Charlottenburg-Wilmersdorf. Ihre Arbeiten wurden nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA, den Niederlanden und Griechenland ausgestellt. Die Ausstellung ist bis zum 3. September 2010 zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros (Mo + Do 12 - 16 Uhr, Di + Mi 10 - 14 Uhr, Sa 11 - 14 Uhr) zu besichtigen.